

„Nicht nur bei den anderen“: Konzepte gegen sexualisierte Gewalt Geschäftsführerin der Evangelischen Jugendhilfe Obernjesa fordert Aufarbeitung sexualisierter Gewalt im ehemaligen evangelischen Kinderheim / Kritik an Versäumnissen der Landeskirche Von Michael Brakemeier

Für die aktuelle Arbeit mit Missbrauchsfällen in der Institution Kirche wünsche ich mir, dass die Kirche ein nach außen erkennbares Schutzkonzept hat. Esther John, Geschäftsführerin der Evangelischen Jugendhilfe Obernjesa (EJO), Esther John, hat eine umfassende und nachhaltige Aufarbeitung sexualisierter Gewalt in kirchlichen Einrichtungen angemahnt. Mit Blick auf die bekannt gewordenen Missbrauchsfälle im ehemaligen Kinderheim Obernjesa kritisierte sie den bisherigen Umgang der Landeskirche Hannover mit dem Thema.

„Seit dem Bekanntwerden der Vorwürfe, spätestens 2012, wurde die EJO seitens der Landeskirche nicht in Aufarbeitungsprozesse einbezogen“, sagte John dem Göttinger Tageblatt.

Die EJO begrüße ausdrücklich, dass die Landeskirche nun Verantwortung übernehme und eine institutionelle Aufarbeitung anstrebe. „Wichtig ist, dass dies nicht nur dort geschieht, wo öffentlicher Druck besteht“, sagte John. Eine klare Haltung, die Übernahme von Verantwortung und transparente Kommunikation seien ein wichtiges Zeichen – nicht nur für Betroffene, sondern für die gesamte Gesellschaft.

Im ehemaligen evangelischen Kinderheim Obernjesa (Gemeinde Rosdorf) – der Vorgängereinrichtung der EJO – soll es in den 1950er Jahren Fälle von schwerstem sexuellen Missbrauch gegeben haben. Beschuldigt wird ein verstorbener Pastor. In mindestens vier Fällen haben Betroffene teils hohe Geldzahlungen von der Landeskirche Hannovers bekommen, nachdem eine Kommission die Vorwürfe geprüft hatte.

Die Fälle aus Obernjesa waren erst durch Recherchen des Göttinger Tageblatts öffentlich geworden. Der Kirchenkreis Göttingen-münden war nach Angaben von Superintendent Frank Uhlhorn nicht von der Landeskirche über die Vorwürfe informiert worden. Diese spricht mittlerweile von einem Fehler beim Umgang mit den Vorfällen.

Die Kirchen müssten sich nach Ansicht von John grundlegend mit Strukturen in den Institutionen auseinandersetzen, die Missbrauch begünstigen. Hierzu zählten Machtasymmetrien, intransparente Entscheidungswege sowie interne Loyalitätsmechanismen.

„Wenn erst und ausschließlich dann gehandelt wird, wenn wieder von Missbrauch aus der Vergangenheit berichtet wird, entsteht der Eindruck, dass Verantwortliche der Kirche nicht erkennen, dass bestimmte institutionelle Strukturen ganz konkret die Gefahr für Missbrauch bargen und auch heute noch bergen“, sagte John. Eine Auseinandersetzung sei von „ungeheurer Bedeutung“, um die Risiken für weiteren Missbrauch minimieren zu können.

Als Beispiel nannte John öffentliche und freie Träger in der Kinder- und Jugendhilfe, die sich seit Jahren mit dem Thema Schutzkonzepte befassen. Seit 2021 sei dies gesetzlich verpflichtend. Davon könnten auch andere Institutionen lernen.

„Es braucht sichtbare Schutzkonzepte, klare Verfahrenswege und vorher vereinbarte Strukturen – nicht erst im Krisenfall“, betonte John. Solche Konzepte böten nicht nur Sicherheit für Betroffene und Mitarbeitende, sondern trügen auch wirksam zur Prävention bei.

„Für die aktuelle Arbeit mit Missbrauchsfällen in der Institution Kirche wünsche ich mir, dass die Kirche ein nach außen erkennbares Schutzkonzept hat“, erklärte John. Konzepte und

verabredete Strukturen würden nicht nur für Betroffene und die aufarbeitenden Personen Sicherheit und Schutz geben, sie könnten auch maßgeblich zur Abwendung weiterer Missbrauchsfälle beitragen.

Warum es in früheren Jahrzehnten zu Missbrauch und dessen Vertuschung in dem evangelischen Kinderheim in Obernjesa kommen konnte, erklärt sich John unter anderem durch die hierarchische Struktur solcher kirchlichen, von Pastoren geleiteten Heime. Die Pastoren hatten moralische Vorbildfunktion, deren Handlungen und Äußerungen wenig hinterfragt wurden.

Kritik und Widerworte, so John, seien selten möglich gewesen – aus Angst vor Konsequenzen. So seien Missbräuche in der Regel nicht aufgedeckt und besprochen worden, sondern wurden eher begünstigt. „Das heißt aber nicht, dass es niemand mitbekommen hat“, betont John.

Auch Isolation, Abhängigkeit von Heim und Mitarbeitenden und fehlende Ansprechpersonen hätten Kinder damals besonders schutzlos gemacht. „Ein auch heute noch wichtiger Faktor ist außerdem der der Scham, der Schuld und der Tabuisierung, die es Kindern und Jugendlichen oft unmöglich machen, über Missbrauch zu sprechen“, sagt John.

Heute bestehe die Verantwortung darin, aus diesen Fehlern zu lernen. Die EJO setze auf Beteiligung, Transparenz und pädagogische Konzepte, die Kinder und Jugendliche stärken. Kinder sollen ihre Rechte kennen, ihre Grenzen wahrnehmen und lernen, diese zu verteidigen. Dazu gehört auch, Beschwerden zu äußern und ernst genommen zu werden.

„Wir nehmen Kinder und Jugendliche ernst in ihren Sorgen, Ängsten und Nöten“, erklärt John.

Trotz aller Schutzmaßnahmen: In der EJO sei man sich bewusst, dass auch die Kinder und Jugendlichen, die in der Einrichtung leben, Missbrauch erleben könnten.

„Mit all dem Wissen, welches uns heute zur Verfügung steht, wäre es absurd anzunehmen, dass Missbrauch nur bei den anderen vorkommt. Wir sind aufgefordert, wach und offen zu sein und uns weiterzuentwickeln“, sagt John.

Schon vor dem Bekanntwerden der ersten Missbrauchsfälle 2013 hatte sich die EJO im Jahr 2012, unterstützt vom Frauen-notruf in Göttingen, auf den Weg gemacht, ein umfassendes Schutzkonzept zu erarbeiten, das 2023 überarbeitet wurde. Alle neuen Mitarbeitenden würden seitdem in zweitägigen Schulungen zu sexualisierter Gewalt, Täterstrategien und Schutzverfahren fortgebildet. Zentrale Grundlage der Arbeit seien sogenannte „Mindmaps“, die standardisierte Abläufe für den Umgang mit Verdachtsfällen vorgeben – zum Schutz aller Beteiligten.

Darüber hinaus setzt die EJO auf partizipative Ansätze in der täglichen Arbeit. „Wir vermitteln den Kindern, was ihre Rechte sind, dass sie wissen, wo ihre eigenen Grenzen sind und dass sie diese einfordern und verteidigen dürfen. Sie erleben, dass sie ernst genommen werden, dass ihre Meinung wichtig ist, und ihre Bedürfnisse und Grenzen respektiert werden“, so John. Das sei der wichtigste Beitrag der EJO zum Schutz vor sexueller Gewalt.

Die EJO strebt nach eigenen Angaben nun eine aktive institutionelle Aufarbeitung der Missbrauchsfälle im ehemaligen Kinderheim Obernjesa an. Grundlage hierfür sollen Empfehlungen der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs sein. Ziel sei es, gefährdende Strukturen zu erkennen und bestehende Schutzmaßnahmen zu überprüfen.

Dabei sollen Betroffene ausdrücklich einbezogen werden. Deren Perspektive ist zentral für das Verständnis der damaligen Strukturen und Lücken, sagte John. Es gehe der EJO darum, Verantwortung zu übernehmen und das Leid sichtbar zu machen – nicht nur auf Täter und Strukturen zu schauen.

Die EJO lädt ausdrücklich ehemalige Heimkinder ein, sich zu melden – unabhängig davon, ob sie selbst von Gewalt betroffen waren. „Auch Menschen, die Gewalt beobachtet haben, die Gewalt nicht mitbekommen haben oder auch eine schöne Zeit im Kinderheim Obernjesa hatten, haben für eine Aufarbeitung eine wichtige Stimme“, sagt John abschließend.